



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

Fernsprecher 2 09 51/52

Hannover, Georgstraße 33

P/IV/21

18. Februar 1949

Am Grunde beginnen!

Zur Brüsseler Europa-Tagung

Von Wenzel Jaksch

Viele europäisch gesinnte Deutsche werdenden Brüsseler Beratungen der Europa-Union mit ehrlichem Interesse folgen. Wir sind wohl etwas schlagwortmüde geworden. Der Begriff "Europa" hat aber für uns noch immer einen echten Klang. Er ist wie eine Glocke, die auch an unserer Herzen rührt. Ob wir uns als Links- oder Rechtsdemokraten zur Schicksalseinheit Europas bekennen, vereint oder gesondert, ist eigentlich eine Sache zweiter Ordnung. Auf die Erweiterung des Familienkreises kommt es an. Darum ist es zu begrüßen, daß in Brüssel auch die deutschen Länder vertreten sein werden.

Ungern rühren wir unseren eisernen Vorrat an politischen Hoffnungen an. Wir humanistischen Deutschen sind aber nun einmal mit einem Vertrauensvorschuß an jeder echten Europa-Bewegung beteiligt. Darob wollen wir uns keinesfalls mit guten Ratschlägen vordrängen. Eine Befürchtung muß aber auch im Hinblick auf die jüngste Entwicklung ausgesprochen werden: Wir sind besorgt, daß die schwachen Ansätze einer übernationalen Neugestaltung unseres Erdteiles im Dickicht verfassungsmäßiger Konstruktionen stecken bleiben könnten.

Es war dem Verfasser dieser Zeilen gegönnt, während des Krieges manche Stunde in einem Kreis von Europa-Föderalisten zu verbringen. Es ist in der Tat eine faszinierende Sache, wenn Schweizer, Franzosen, Holländer, Italiener, Engländer, Deutsche, Belgier, Skandinavier und Österreicher am runden Tisch sitzen und über die Verfassung eines geeinten Europa diskutieren. Welch eine Fülle von Sachfragen! Wie gibt man dem wählenden Europäer die beste demokratische Chance? Wie sichert man ein arbeitsfähiges Europa-Parlament und eine stabile europäische Regierung? Sollen die gewählte Oberhaupt der Vereinigten Staaten von Europa wirklich einflußreich sein oder mehr auf eine repräsentative Rolle beschränkt bleiben? Über alle diese Punkte ist eine Einigung nicht leicht, aber es geht irgendwie. Wenn Regierungen über diese und ähnliche Fragen verhandeln, wird es schon schwieriger. Immerhin scheinen auch in den höheren Sphären die Differenzen über solche Verfassungsprobleme nicht unüberwindlich zu sein. Man wird wohl schon herausfinden, daß es eine Verschleierung von Tatsachen wäre, befugnislose Beratungsausschüsse mit den hochtrabenden Titeln eines europäischen Parlaments oder gar einer europäischen Regierung zu versehen.

Anstatt die Debatte zu komplizieren, indem wir die künftige Zugehörigkeitsform Deutschlands zu west- oder gesanteuropäischen Kombinationen anschneiden, sei bloß daran erinnert, daß die heutigen deutschen Länder nicht mit einem Steinbaukasten zu verwechseln sind. Auch ein Winston Churchill wird sich mit der elementaren Tatsache aussöhnen müssen, daß das deutsche Volk trotz aller Zonengrenzen als ethnische Einheit weiterexistiert. Je länger der Irrtum lebt, daß man uns auszusagen stückweise in eine westeuropäische Kombination

einbauen könnte, desto reichszentralistischer werden sich die Machthaber der Ostzone gebärden. Bei der Stärke des deutschen Sicherheitswillens ist dies nicht ohne Gefahr.

Darüber mehr zu sagen, wäre verfrüht. Vorläufig windet sich ganz Europa noch in den Klauen eines Wirtschaftsnationalismus, der aller politischen Erkenntnisse zur europäischen Solidarität spottet. Die Schwämerung der überseeischen Hilfsquellen unseres Erdteiles durch neue weltpolitische Entwicklungen hat zu einem verschärften Kampf um die europäischen Hilfsquellen geführt, besonders um die der besiegten Länder.

Es wäre zu wünschen, daß die jüngsten grundlegenden Veröffentlichungen von Aldous Huxley zu diesem Thema (in der Londoner "World Review" vom November und Dezember 1948) allen Brüsseler Delegierten auf den Tisch gelegt würden. Dort wird überzeugend dargetan, daß wir uns vorerst mit den Fundamentalfragen der europäischen Hilfsquellenposition auseinandersetzen müssen, ehe die Mauern eines europäischen Überstaates in Angriff genommen werden können. Mit dem Dach der Verfassungs-Konstruktion kann man den Neubau schon gar nicht beginnen.

Eine horizontale Europa-Politik hat wenig Zukunft. Wenn wir schon darauf beharren, im überfüllten Erdgeschoß der Alten Welt getrennte Haushalte zu führen, so wird der häßliche Streit um die Schlüssel zur Speisekammer und zum Köhlenschuppen kaum zu beenden sein. Man müßte das neue Stockwerk einer west- oder gesamt europäischen Planwirtschaft aufsetzen. Dort würden wir uns nicht mehr in Nationalkostümen treffen, sondern in Arbeitsmänteln und Werkblusen und dann wohl auch besser verstehen.

Schwedens Kommunisten "kominformiert"
Von unseren skandinavischen Korrespondenten

K.V. Nach dem Parteitagekladderatsch der norwegischen Kommunisten ist nun auch bei den Kommunisten Schwedens eine Palastrevolution ausgebrochen. Der bisherige Parteiführer Sven Linderot, der soeben von einem mehrmonatlichen Aufenthalt aus Rußland zurückkehrte, ist als Vorsitzender der Partei und der Reichstagsgruppe zurückgetreten. Der neue Vorsitzende der Partei ist der "kominformierte" Fritjof Lager. Der gleichfalls "kominformierte" Hilding Hagberg von Lulea wird Leiter der Reichstagsgruppe. Es wird behauptet, daß Linderot nach dem Staatsstreich in der Tschechoslowakei Bedenken für die kommende Entwicklung geäußert habe, während Fritjof Lager vorbehaltloser Vertreter des Moskau-Kurses ist.

Die Niederlage der Kommunisten bei den schwedischen Reichstagswahlen im September vorigen Jahres, die darauf folgenden Niederlagen bei allen Gewerkschaftswahlen, besonders bei den Metallarbeitern, deuten nicht darauf hin, daß die neuen Leiter einen leichten Stand haben werden, oder gar neues Terrain gewinnen können. Gleichzeitig meldet die schwedische Presse, daß das zentrale Organ der Kommunisten, "Ny Dag", einen katastrophalen Abonnentenschwund erlitten hat und sich zur Zeit in großen finanziellen Schwierigkeiten befindet.

SPD-Memorandum zur Ruhr. (sp.) Der Parteivorstand der SPD hat jetzt den übrigen Parteien der sozialistischen Internationale ein Memorandum zum Ruhrstatut, ergänzt durch eine ausführliche Begründung, zugesandt. Darin werden auch alle die wesentlichen Gesichtspunkte behandelt, die im Anschluß an die Bekanntgabe des Ruhrstatuts und die erste deutsche Reaktion darauf in der internationalen Diskussion eine besondere Rolle gespielt haben. Die Argumentation der deutschen Sozialdemokratie bewegt sich bei alledem genau auf der Linie, die in der Frage der künftigen Gestaltung der Verhältnisse im Ruhrgebiet seit dem Jahre 1945 eingehalten wird und die auch seinerzeit für die Beschlüsse der Wiener Konferenz der sozialistischen Internationale maßgebend gewesen ist.

Eine Million Deutsche fehlt

Gewissensfrage an das tschechoslowakische Innenministerium

sp. Dem nachstehenden Bericht liegen Schilderungen eines Sudetendeutschen zugrunde, der vor kurzem aus der Tschechoslowakei geflüchtet ist. Er war bis zu seiner Flucht als Bevollmächtigter in der Antifa tätig und hat dadurch einen tiefen Einblick in das Schicksal der noch in der Tschechoslowakei verbliebenen Sudetendeutschen erhalten.

Im Spätherbst 1946 kam die Vereinbarung zwischen der tschechoslowakischen Regierung mit der russischen und amerikanischen Besatzungsbehörde in Deutschland zustande, nach welcher der Abschub der Sudetendeutschen "geordnet" und "human" in eigenen Transporten vor sich gehen sollte. Die Russen erklärten sich bereit, 750.000, die Amerikaner 1 750 000 Deutsche aus der CSR zu übernehmen. Soweit sie nicht Antifaschisten waren, durften die Deutschen in die russische Zone 30 kg Handgepäck mitnehmen, bei der Übernahme in die amerikanische Zone mußten sie 70 kg Gepäck pro Kopf mitführen. Mehr noch als an Ordnung, fehlte es bei diesen Transporten an humaner Behandlung. Die Russen konnten schon vor dem Stichtage des 20.10.1946, bis zu welchem Datum die Ausweisung beendet sein sollte, melden, daß sie statt 750 000 fast 800 000 Deutsche übernommen hätten (allerdings sind russische Statistiken immer mit Vorsicht aufzunehmen). Die Amerikaner unterbrachen Ende Oktober 1946 die weitere Aufnahme wegen des plötzlich eingebrochenen Winters. Der Rest des vereinbarten Kontingents sollte im Frühjahr 1947 einreisen werden. Nach den offiziellen Zählungen des tschechoslowakischen Innenministeriums, dessen Abteilung die Aussiedelung leitete, hatten die Amerikaner etwa 1 225 000 Deutsche übernommen, so daß sie verpflichtet waren, noch 1/2 Million aufzunehmen. Amtliche Erhebungen ergaben aber, daß so viele Deutsche überhaupt nicht mehr vorhanden waren. Man schätzte die Zahl der zurückgebliebenen, bzw. zurückgehaltenen Deutschen auf ungefähr 300 000, davon 106 000 dem Abschub unterliegende, ca. 100 000 Bauarbeiter und Antifaschisten mit ihren Familien, weitere 100 000 in Mischehe mit einer Tschechin lebende Deutsche. Die Zahl der Deutschen, die für die Verleihung der tschechoslowakischen Staatsbürgerschaft in Betracht gekommen wäre, war so gering, daß sie nicht ins Gewicht fiel. Es dürften kaum mehr als 2000 sein, ein großer Teil von ihnen hat inzwischen verzichtet.

Somit ergibt sich die Frage, was aus den vielen geworden ist, die nach Abrechnung der von den Russen und Amerikanern übernommenen zwei Millionen hätten noch hier sein müssen? Wenn man die Zahl der Sudetendeutschen mit 3.300.000 annimmt und berücksichtigt, daß ungefähr 300.000 als Wehrmachtangehörige beim Umsturz nicht in der Heimat waren, verbleibt noch immer eine Million, die fehlt. Zu diesen kommen aber noch Hunderttausende, die während des Krieges aus Deutschland in die Tschechoslowakei geschickt wurden und dort verblieben. Allein nach Prag kamen mehr als 60.000 Deutsche, fast 1/2 Million Angehöriger und Kinder lebten beim Zusammenbruch auf dem Gebiete der CSR und nur ein kleiner Teil von ihnen konnte sich rechtzeitig retten. Wohin sind sie gekommen?

Als im Frühling 1947 klar wurde, daß die Amerikaner nicht mehr gewillt seien, weitere Transporte zu übernehmen, sondern nur kleine, sogenannte Familienzusammenführungs-Transporte in Höhe von 50 Personen pro Woche bewilligten, wurde im Mai 1947 die Verordnung erlassen, daß alle Deutschen bis auf die benötigten Facharbeiter geschützt seien ^{und} in Landesländer gebracht werden müssen. Dort sollten sie in erster Linie in der Landwirtschaft arbeiten. Offiziell sollten Antifaschisten und Deutsche, die in Mischehe leben, ausgenommen sein, offiziell sollte die Umsiedlung human vor sich gehen, in Wirklichkeit aber verschickte man auch Antifaschisten, gab meistens den Unzufriedensten nur einige Stunden Zeit, ihre Habe in Säcken zusammenzupacken und trieb sie dann wie das Vieh auf den Bahnhof. Das Elend dieser Verschickten war so groß, als daß es geschildert werden könnte. 80-jährige Greisinnen, Amputierte, lungenkranke, schwache, der landwirtschaftlichen Arbeit nicht gewachsene Männer, Witwen mit Kindern, Kriegsverletzte, kurz alles ohne Unterschied wurde rücksichtslos Bauern und halberfüllten Gutsverwaltern zugewiesen. Untergebracht waren diese Elenden in Ställen, Scheuern, feuchten Löchern ohne Fenster, ja sogar ohne Türen. Sie mußten täglich 10 bis 15 Stunden angestrengt arbeiten, statt der Verpflegung erhielten sie die Lebensmittelkarten (selbst Säuglingen verweigerte man die Zuteilung von Milch), statt des zugesagten Tariflohnes erhielten sie entweder gar nichts oder nur unzureichende Bezahlung, so daß sie oft nicht einmal die ihnen zustehenden Lebensmittel einkaufen konnten. Ärztliche Hilfe wurde ihnen versagt, Schutz gegen Willkür gab es nicht, der Empfang und das Schreiben von Briefen waren meistens untersagt. Notrufe, die auf Schleichwegen hinaragelangen, zeigten von dem Elend und der Verzweiflung dieser Unglücklichen. Selbstmorde waren keine Seltenheit. Mutige zogen es vor, sich durch eine verwegene Flucht zu retten und schwarz über die Grenze zu gehen. Aber nur wenige konnten das wagen, denn mit der ganzen Familie zu flüchten, war unmöglich und diese allein zurückzulassen, bedeutete, sie dem sicheren Tode auszusetzen. Glücklicher waren jene, die eine Zugzugewöhnung in eine Westzone erhielten und auswandern durften oder in einen der erwähnten Kleintransporte eingereiht wurden. Antifaschisten wurde die Ausreise erleichtert.

Als die Proteste in der zivilisierten Welt sich häuften, erleichterte die Regierung die Ausreise. Ein Strom von Flüchtlingen ergoß sich täglich an bestimmten Stellen über die Grenze. Heute dürfte die Zahl der in der CSR verbliebenen Deutschen kaum größer als 150.000 bis 170.000 sein. Sie alle haben nur den einen Wunsch, sobald wie möglich das Land verlassen zu dürfen. Aber seit dem 1. Dezember 1948 haben die amerikanischen Behörden den illegalen Grenzübertritt verboten und angeordnet, daß nur noch die mit einer von der amerikanischen Permittstelle in Prag ausgestellten Einzelausreisegenehmigung versehenen Deutschen an einer einzigen Stelle (bei Furth im Walde) ausreisen dürfen.

Diese Regelung ist unzulänglich und bedarf im Namen der Menschlichkeit einer Korrektur. Die Ausreisegenehmigung ist mit Bedingungen verknüpft, die nur wenige der Betroffenen erfüllen können. Es gilt, diese unglücklichen 150.000 Menschen aus einem Elend zu retten, das zu schildern unmöglich ist. Der Parlamentarische Rat, Wohlfahrtsverbände, alle politischen Organisationen, Rundfunk, Presse, kurz alles, was eine Stimme erheben kann, sollte sich für die Rettung dieser Menschen einsetzen. Es ist ein Problem, das dem der zurückgehaltenen Kriegsgefangenen an Grausamkeit und Unmenschlichkeit nichts nachläßt.

(b/B27a/2/182/ho)

Die Ohrfeige

sp. Die heranwachsende und noch recht schwächliche deutsche Demokratie hat von den Generalen Clay und Robertson eine schallende Ohrfeige bezogen. Ungeduld - keine gute pädagogische Eigenschaft. Übri-gens hatte die Lehrer ob der Langsamkeit des Schülers ergriffen. Ein Gesetz für rund 780 000 Beamte der direkten bizonalen Verwaltung, der Eisenbahn, der Post, der Binnen- und der Seeschifffahrt wird nach einem Dekret der Militärregierungen in knapp vier Wochen in Kraft treten. Mit seiner Behauptung, es werde dem überwiegenden Teil der Bevölkerung zu-sagen, hat General Clay sogar wahrscheinlich recht. Die Verzögerung, die die Generale zu ihrem drastischen Vorgehen veranlaßt hat, war in der Tat fast herausfordernd. Sie war begründet in der Abneigung bestimmter Krei-se, sich von altgewohnten, liebgewordenen Vorstellungen von den notwen-digen Vorzugs-Attributen eines Beamten zu lösen. Die Züchtigung hat sich der Schüler also in gewissem Maße selbst zuzuschreiben. Daß sie unbed-ingt notwendig war, ist damit keineswegs erwiesen, denn der Schaden ist viel größer, als in dem kleinen Augenblicksschmerz spürbar wird.

Gewaltsam drängt sich auch für den nicht Kompetenzrichtigen die sehr politische und absolut nicht nur formalistische Frage nach der Zu-ständigkeit auf. Natürlich könnte man sagen: sie liegt bei dem, der sie sich zulegt - und sie durchzusetzen vermag. Also der Besetzungsmacht. Aber dann kann man nicht von demokratischem Auftrag sprechen. Noch weni-ger hat die Sicherheit der Besetzungsmacht damit etwas zu tun. Die gan-ze Frage gehört im Grunde ja nicht vor den Wirtschaftsrat, auch wenn es um Beamte der bizonalen öffentlichen Diensta geht, sie ist vielmehr Sache der künftigen Bundesgesetzgebung bzw. der Länder. Man wollte aber wieder einmal ein Modell aufstellen. Auf die Frage eines Journalisten, was geschehen werde, wenn die deutschen Beamten aus Protest in den Streik treten würden, antwortete General Clay mit dem Hinweis auf die amerikanischen Truppen in Deutschland. Frage und Antwort entsprechen einander in ihrer klugen Abgewogenheit. Sie zeigen, daß sich noch immer nicht jene schnelle Erregbarkeit auf beiden Seiten gelegt hat, die je-dem Mifeinenderauskommen so schädlich ist.

Bekommen sieht man unter diesen Umständen wichtigeren Entschei-dungen entgegen, der Stellungnahme der Alliierten zum Grundgesetz und den Reaktionen zum Besetzungstatut. Die ersten Vorbehalte gegen Bonn sind unter Berufung auf die Londoner Empfehlungen bereits angemeldet worden. Nun sind diese Empfehlungen, wie schon der Name sagt, äußersten-falls Rahmenbestimmungen, dehnbar und auslegungsfähig, wie sie es auch sein sollten, denn sonst hätte man von vornherein die Fiktion auch nur einer annähernden westdeutschen Selbstbestimmung aufgeben müssen. Auch in diesem Fall wird also - wie immer - alles vom guten Willen abhängen, auch davon, ob die alliierten Kontrahenten die Absicht haben, in der Arbeit des Parlamentarischen Rates mehr zu sehen als eine umfangreiche Schulaufgabe, die man, mit einigen roten Strichen versehen, leichter Hand zurückgeben kann.

tengesetzes

Zur Frage des durch die Militärregierungen erlassenen Beam-nimmt die sozialdemokratische Fraktion des Wirtschaftsrates wie folgt Stellung:

"Die SPD-Fraktion hat sich an den Beratungen über ein neues Beam-tengesetz intensiv beteiligt, sie folgte dabei der Überzeugung, daß die Erneuerung des Beamtenrechts eine der wesentlichsten Voraussetzungen für die Sicherung der Demokratie in Deutschland ist. Im Bewußtsein der Dringlichkeit dieser Aufgabe hatte sie seinerzeit der Einsetzung eines besonderen Ausschusses widersprochen, weil sie darin eine Verzögerung

in den Beratungen der Gesetzesvorlage sah, nachdem bereits zwei andere Ausschüsse die Vorlage weitgehend durchgearbeitet hatten. Die SPD-Fraktion bedauert, daß durch die Verzögerung der Beratungen, für die ausschließlich die Mehrheit des Wirtschaftsrates verantwortlich ist, den Militärregierungen Veranlassung gegeben wurde, ein eigenes Gesetz zu verkünden. Dadurch ist die Fraktion um die Möglichkeit gebracht worden, ihren von den Auffassungen der Mehrheit abweichenden Standpunkt vor der Öffentlichkeit zu vertreten".

Vertagte PV-Sitzung

sp. Die ursprünglich für den 20. Februar in Aussicht genommene Sitzung des Vorstandes der SPD ist auf unbestimmte Zeit vertagt worden. Ein neuer Termin wird erst dann anberaumt werden, wenn sicher damit zu rechnen ist, daß der Wortlaut des Grundgesetzes, so wie er in der dritten Lesung im Plenum zur Abstimmung gestellt werden soll, und die Grundzüge des Besatzungsstatutes vorliegen. Dieses Statut wird, sicherem Vornehmen nach, nun in der nächsten Woche mitgeteilt werden können. Die SPD hat in Bonn klargemacht, daß sie ohne Kenntnis des Statuts an den Beratungen der dritten Lesung im Plenum nicht teilnehmen wird. Auch die CDU hat sich darauf entschlossen, das Statut abzuwarten. Für die Vorstandssitzung der SPD kommt nach alledem ein Termin zwischen dem 5. und 12. März infrage.

"Staatspräsident Papen"!

sp. Die große Istanbulische Zeitung "Cushuriyet" beschäftigt sich in ihrem Leitartikel vom 1. Februar mit Herrn von Papen, dem ehemaligen deutschen Botschafter in Ankara. Er werde nach Ansicht gut unterrichteter türkischer Kreise im politischen Leben Deutschlands bestimmt wieder eine Rolle spielen, auch wenn die Amerikaner diesem "politischen Wolf" noch mißtrauten. Es gebe sogar Leute, die von Papen so schätzten, daß sie ihn gern als künftigen deutschen Staatspräsidenten sehen würden. Die türkische Zeitung schreibt nicht, wer diese Leute sind.

Zunächst hat man sicher keine Neigung, die Nachricht ernst zu nehmen. Trotz seiner vielen hohen ausländischen Gönner und der besonderen Zuneigung, die gerade ein "diplomatischer Wolf" seines Kalibers bei manchen unverbesserlichen Landsmannen genießen würde - das deutsche Volk in seiner überwiegenden Mehrheit weiß, daß es sich bei diesem Mann um eine der unerfreulichsten und schädlichsten Erscheinungen der Jahre vor und nach 1933 handelt und daß Deutschland ihm persönlich ein böses Stück seines Unglücks zu verdanken hat. Heute mag die Vorstellung Papens als künftiges deutsches Staatsoberhaupt nur lächerlich anmuten. Aber in Deutschland ist vieles möglich. Hat man hier nicht schon einmal nach einer katastrophalen militärischen Niederlage und einer, wie man glaubte, "siegreichen" Revolution ausgerechnet dem Verlierer und Vertreter der Reaktion dieselbe Ehre erwiesen? -u

Überfremdung

sp. Vermutlich vom 1. März an wird die "New York Herald Tribune", von der in Deutschland bisher die englisch geschriebene Pariser Ausgabe vertrieben wurde, auch in deutscher Sprache herausgegeben werden. Die Zeitung hofft auf eine Auflage von rund 1 Million, sie will daneben eine illustrierte Zeitschrift erscheinen lassen. Die Unternehmung findet die stärkste Unterstützung des Generals Clay.

Eine deutsch-geschriebene "New York Herald Tribune" wäre sozusagen die zweite "amerikanische Zeitung für die deutsche Zivilbevölkerung", wie im Untertitel die Zweckbestimmung der "Neuen Zeitung" in München fixiert ist. Die Amerikaner sagen immer wieder, sie wollen die Deutschen lehren, auf eigenen, natürlich demokratischen, Füßen zu stehen. Die Frage erhebt sich, ob das mit der Herausgabe solcher deutsch-geschriebenen, aber amerikanisch gemachten Zeitungen geschehen kann. Es liegt die Annahme nahe, daß es sich bei dem neuen Organ noch weit mehr um eine amerikanische und noch weit weniger um eine deutsche Zeitung handeln kann, als das bei der "Neuen Zeitung" zutrifft. Vielleicht wird durch die Neuerscheinung auch ein weiterer Grund für die Angriffe der "New York Herald Tribune" auf die "Neue Zeitung" sichtbar.

Die politische Wirkung wird sich ohne Zweifel als eine weitere Überfremdung der deutschen Publizistik darstellen, sie wird der gefährlichen Behauptung neue Nahrung geben, daß es den Amerikanern weniger auf die Entwicklung eines selbständigen, deutschen, demokratischen Denkens als den schematischen Transfer amerikanischer Mentalität auf Deutschland ankommt.

(b/B.65/182/1/hs)

Mosleys Anhänger fallen ab

sp. Die von dem englischen Faschistenführer Sir Oswald Mosley nach seiner Entlassung aus der Internierung wieder ins Leben gerufene faschistische Bewegung verliert mehr und mehr an Bedeutung. Mosleys arrogante und intransigente Haltung hat jetzt auch Tommy Moran, einen der ersten Redner der Union Movement, veranlaßt, sich von Mosley zu trennen, mit dem er 16 Jahre zusammengearbeitet hatte. Moran erklärte, Mosley vertrage selbst die geringste Kritik nicht und gefalle sich immer mehr in der Rolle des Diktators.

(B.65/182/1/hs)